

Report 3

Europäisches Parlament ist sauer

August 2020

EuropaUnion Hochtaunus e.V.

Kreisvorstand

hochtaunus.europa-union.de

hochtaunus@eu-hessen.de



EuropaUnion
Hochtaunus

Das Europäische Parlament will keine bitteren Pillen schlucken

Entschließung zum Ergebnis des Gipfels am 23. Juli 2020

In einer Entschließung zu den Ergebnissen des Gipfels Mitte Juli in Brüssel bewertete das Europäische Parlament die Entscheidungen der 27 Staats- und Regierungschefs am 23. Juli, kurz vor Beginn der Sommerpause. Die Fraktionen EVP, S&D, RN, GRÜNE und GUE, das sind alle pro-europäischen, legten das Dokument vor, das mit einer Mehrheit von 465 Ja – 150 Nein – 67 Enthaltungen angenommen wurde. Diese Entschließung ist die Grundlage für die nun bevorstehenden Auseinandersetzungen mit der EU-Kommission und dem EU-Rat im EU-Parlament, das dem Haushalt und dem Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) 2021 bis 2027 zustimmen muss.

In seiner Entschließung begrüßt das EP die Annahme des Aufbaufonds durch die Staats- und Regierungschefs der EU und bezeichnet ihn als „historischen Schritt für die EU“. Die MdEP bedauern jedoch die „massive Kürzung der Zuschüsse“ und fordern eine volle demokratische Beteiligung des Parlaments an dem Aufbauinstrument, das „den gewählten Mitgliedern des Europäischen Parlaments keine formelle Rolle“ zuweist. Bezuglich des langfristigen EU-Haushalts missbilligten die MdEP die Kürzungen bei den zukunftsorientierten Programmen und sind der Ansicht, dass diese Kürzungen „die Grundlagen einer nachhaltigen und robusten Erholung untergraben werden“. Den Leitprogrammen der EU für Klimaschutz, digitalen Wandel, Gesundheit, Jugend, Kultur, Forschung oder Grenzmanagement droht, dass sie 2021 erheblich weniger Mittel erhalten als noch 2020. Die EU-Abgeordneten wiesen außerdem darauf hin, „dass der EU-Haushalt insgesamt ab 2024 unter dem Niveau von 2020 liegen wird, was die Verpflichtungen und Prioritäten der EU gefährdet“. Das EP akzeptiert das politische Ergebnis über den langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 in seiner jetzigen Form überhaupt nicht und weigert sich, darüber abzustimmen. Die Abgeordneten werden ihre Zustimmung zum MFR so lange verweigern, bis bei den bevorstehenden Verhandlungen zwischen EP und Rat ab September eine zufriedenstellende Einigung erzielt wird, die bis spätestens Ende Oktober vorliegen muss, damit die EU-Programme ab 2021 reibungslos anlaufen können. Sollte jedoch ein neuer MFR nicht rechtzeitig angenommen werden, erinnern die MdEP daran, dass in den Europäischen Verträgen (Art. 312 Abs. 4 AEUV) die vorübergehende Verlängerung der Obergrenze des letzten Jahres des derzeitigen Mittelfristigen Finanzrahmen (bis Ende 2020) vorsieht und dass dies mit dem Aufbauplan und der Annahme der neuen MFR-Programme voll und ganz vereinbar wäre. Das EP reagierte in seiner Stellungnahme zu den Gipfelergebnissen besonders sauer, weil die Staats- und Regierungschef die Bemühungen der Kommission und des Parlaments, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Demokratie im Rahmen des MFR und des Aufbauinstruments missachtet und geschwächt hätten. Außerdem müsste eine Gegenfinanzierung für das Programm „Next Generation EU“ (Kapital und Zinsen) her, die im Parlament verhandelt und beschlossen wird. Dasselbe gelte auch für die Verordnung zur Rechtsstaatlichkeit. Außerdem kommen neben den jetzigen Eigenmitteln der EU wie Zölle, Zuckerabgaben und Anteile der Mehrwertsteuer noch weitere durch den Gipfelbeschluss neu vorgesehene hinzu, über die das EP ebenfalls mitzuentscheiden hat. Dabei geht es z. B. auch um eine Plastiksteuer.